

Allgemeine Verkaufsbedingungen der Fa. Kunststoff Christel GmbH & Co. KG Stand: 01.01.2026

§ 1 Geltungsbereich, Form

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Verkaufsbedingungen (AVB) gelten für alle unsere Geschäftsbeziehungen mit unseren Kunden („Käufer“). Die AVB gelten nur, wenn der Käufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AVB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob wir die Ware selbst herstellen oder bei Zulieferern einkaufen (§§ 433, § 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AVB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.
- (3) Unsere AVB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Käufer im Rahmen der Bestellung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.
- (4) Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Auftragsbestätigung haben Vorrang vor den AVB. Handelsklauseln sind im Zweifel gem. den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen In-terms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Käufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mängelanzeige, Rücktritt oder Minderung), sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit in Sinne dieser AVB schließt Schrift- und Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AVB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Dies gilt auch, wenn wir dem Käufer Fristsetzung, technische Dokumentationen (z.B. Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Kalkulationen, Verweisungen auf DIN-Normen), sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlassen haben, an denen wir uns Eigentums- und Urheberrechte vorbehalten.
- (2) Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot. Sofern sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, sind wir berechtigt, dieses Vertragsangebot innerhalb von vier Tagen/Wochen nach seinem Zugang bei uns anzunehmen.
- (3) Die Annahme kann entweder schriftlich (z.B. durch Auftragsbestätigung) oder durch Auslieferung der Ware an den Käufer erklärt werden.

§ 3 Lieferfrist und Lieferverzug

- (1) Die Lieferfrist wird individuell vereinbart bzw. von uns bei Annahme der Bestellung angegeben.
- (2) Sofern wir verbindliche Lieferfristen aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten können (Nichtverfügbarkeit der Leistung), werden wir den Käufer hierüber unverzüglich informieren und gleichzeitig die voraussichtliche, neue Lieferfrist mitteilen. Ist die Leistung auch innerhalb der neuen Lieferfrist nicht verfügbar, sind wir berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Käufers werden wir unverzüglich erstatten. Nichtverfügbarkeit der Leistung liegt beispielsweise vor bei nicht rechtzeitiger Selbstbelieferung durch unseren Zulieferer, wenn wir ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen haben, bei sonstigen Störungen in der Lieferkette etwa aufgrund höherer Gewalt oder wenn wir im Einzelfall zur Beschaffung nicht verpflichtet sind.
- (3) Der Eintritt unseres Lieferverzugs bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Käufer erforderlich. Geraten wir in Lieferverzug, so kann der Käufer pauschalierten Ersatz seines Verzugschadens verlangen. Die Schadenspauschale beträgt für jede vollendete Kalenderwoche des Verzugs 0,5% des Nettopreises (Lieferwert), insgesamt jedoch höchstens 5% des Lieferwerts, der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Käufer gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.
- (4) Die Rechte des Käufers gem. § 8 dieser AVB und unsere gesetzlichen Rechte, insbesondere bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Leistung und/oder Nacherfüllung), bleiben unberührt.

§ 4 Lieferung, Gefahrübergang, Abnahme, Annahmeverzug

- (1) Die Lieferung erfolgt ab Lager, wo auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Auf Verlangen und Kosten des Käufers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf). Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, sind wir berechtigt, die Art der Versendung (insbesondere Transportunternehmen, Versandweg, Verpackung) selbst zu bestimmen.
- (2) Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.
- (3) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware geht spätestens mit der Übergabe auf den Käufer über. Beim Versendungskauf geht jedoch die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware sowie die Verzögerungsgefahr bereits mit Auslieferung der Ware an den Spediteur, den Frachtführer oder der sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Person oder Anstalt über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten für eine vereinbarte Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn der Käufer im Verzug der Annahme ist.
- (4) Kommt der Käufer in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich unsere Lieferung aus anderen, vom Käufer zu vertretenden Gründen, so sind wir berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen.

- (5) Der Nachweis eines höheren Schadens und unsere gesetzlichen Ansprüche (insbesondere Ersatz von Mehraufwendungen, angemessene Entschädigung, Kündigung) bleiben unberührt; die Pauschale ist aber auf weitergehende Geldansprüche anzurechnen. Dem Käufer bleibt der Nachweis gestattet, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.

§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, gelten unsere jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise, und zwar ab Lager, zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer.
- (2) Beim Versendungskauf (§ 4 Abs. 1) trägt der Käufer die Transportkosten ab Lager und die Kosten einer ggf. vom Käufer gewünschten Transportversicherung. Etwaige Zölle, Gebühren, Steuern und sonstige öffentliche Abgaben trägt der Käufer.
- (3) Der Kaufpreis ist fällig und zu zahlen innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsstellung und Lieferung bzw. Abnahme der Ware. Wir sind jedoch, auch im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung, jederzeit berechtigt, eine Lieferung ganz oder teilweise nur gegen Vorkasse durchzuführen. Einen entsprechenden Vorbehalt erklären wir spätestens mit der Auftragsbestätigung.
- (4) Mit Ablauf vorstehender Zahlungsfrist kommt der Käufer in Verzug. Der Kaufpreis ist während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Wir behalten uns die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugschadens vor. Gegenüber Kaufleuten bleibt unser Anspruch auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) unberührt.
- (5) Dem Käufer stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist. Bei Mängeln der Lieferung bleiben die Gegenrechte des Käufers insbesondere gem. § 7 Abs. 6 Satz 2 dieser AVB unberührt.
- (6) Wird nach Abschluss des Vertrags erkennbar (z.B. durch Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), dass unser Anspruch auf den Kaufpreis durch mangelnde Leistungsfähigkeit des Käufers gefährdet wird, so sind wir nach den gesetzlichen Vorschriften zur Leistungsverweigerung und – gegebenenfalls nach Fristsetzung – zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt (§ 321 BGB). Bei Verträgen über die Herstellung unverletzbarer Sachen (Einzelfertigungen) können wir den Rücktritt sofort erklären; die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung bleiben unberührt.

(7) Preisänderungen

- Sofern zwischen Vertragsschluss und dem vereinbarten Liefertermin ein Zeitraum von mehr als 3 Monaten liegt und sich in dieser Zeit unsere für die Herstellung und Lieferung der Vertragsware maßgeblichen Kosten insgesamt um mehr als 2,5 % verändern, sind wir berechtigt, den vereinbarten Preis in dem Umfang anzupassen, in dem sich die Kostenänderung auf die betroffene Ware auswirkt. Maßgebliche Kosten in diesem Sinne sind insbesondere Materialeinstandskosten, Energiekosten, lohnbezogene Herstellungskosten, Frachtkosten, Verpackungskosten sowie sonstige wesentliche fremdbezogene Beschaffungs- und Herstellungskosten.

Eine Preisanpassung kommt nur insoweit in Betracht, als sich die Veränderung der vorgenannten Kosten auf die Herstellung oder Lieferung der betroffenen Ware auswirkt. Eine Erhöhung des vereinbarten Preises über den kostenbedingten Anpassungsumfang hinaus ist ausgeschlossen.

Wir werden dem Besteller die Grundlagen einer Preisanpassung auf Verlangen in geeigneter Form nachweisen. Widerspricht der Besteller der mitgeteilten Preisanpassung innerhalb von 10 Kalendertagen nach Zugang in Textform, sind wir berechtigt, hinsichtlich des noch nicht erfüllten Teils des Vertrages vom Vertrag zurückzutreten; bei Rahmenverträgen, Abrufaufträgen oder sonstigen auf fortlaufende Belieferung gerichteten Vertragsverhältnissen sind wir stattdessen berechtigt, den noch nicht erfüllten Teil des Vertragsverhältnisses zu kündigen.

In diesem Fall bestehen wegen des noch nicht erfüllten Vertragsteils keine Ansprüche des Bestellers auf weitere Belieferung, Schadensersatz statt der Leistung oder sonstige Ersatzansprüche, soweit diese nicht auf zwingende gesetzlichen Haftungstatbeständen beruhen.

Die vorstehenden Regelungen gelten unabhängig davon, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt.

§ 6 Eigentumsvorbehaltssicherung

- (1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller unserer gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus dem Kaufvertrag und einer laufenden Geschäftsbeziehung (gesicherte Forderungen) behalten wir uns das Eigentum an den verkauften Waren vor.
- (2) Die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren dürfen vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet, noch zur Sicherheit übereignet werden. Der Käufer hat uns unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt oder soweit Zugriffe Dritter (z.B. Pfändungen) auf die uns gehörenden Waren erfolgen.
- (3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Nichtzahlung des fälligen Kaufpreises, sind wir berechtigt, nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutreten oder/und die Ware auf Grund des Eigentumsvorbehalts heraus zu verlangen. Das Herausgabeverlangen beinhaltet nicht zugleich die Erklärung des Rücktritts; wir sind vielmehr berechtigt, lediglich die Ware heraus zu verlangen und uns den Rücktritt vorzubehalten. Zahlt der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht, dürfen wir diese Rechte nur geltend machen, wenn wir dem Käufer zuvor erfolglos eine angemessene Frist zur Zahlung gesetzt haben oder eine derartige Fristsetzung nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist.
- (4) Der Käufer ist bis auf Widerruf gem. unten (c) befugt, die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu veräußern und/oder zu verarbeiten. In diesem Fall gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen.
- (a) Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung unserer Waren entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei wir als Hersteller gelten. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwerben wir Miteigentum im Verhältnis der Rechnungswerte der verarbeiteten, vermischten oder verbundenen Waren. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche wie für die unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware.
- (b) Die aus dem Weiterverkauf der Ware oder des Erzeugnisses entstehenden Forderungen gegen Dritte tritt der Käufer schon jetzt insgesamt bzw. in Höhe unseres etwaigen Miteigentums-

anteils gem. vorstehendem Absatz zur Sicherheit an uns ab. Wir nehmen die Abtretung an. Die in Abs. 2 genannten Pflichten des Käufers gelten auch in Ansehung der abgetretenen Forderungen.

(c) Zur Einziehung der Forderung bleibt der Käufer neben uns ermächtigt. Wir verpflichten uns, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nachkommt, kein Mangel seiner Leistungsfähigkeit vorliegt und wir den Eigentumsvorbehalt nicht durch Ausübung eines Rechts gem. Abs. 3 geltend machen. Ist dies aber der Fall, so können wir verlangen, dass der Käufer uns die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldnern (Dritten) die Abtretung mitteilt. Außerdem sind wir in diesem Fall berechtigt, die Befugnis des Käufers zur weiteren Veräußerung und Verarbeitung der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren zu widerrufen.

(d) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten unsere Forderungen um mehr als 10%, werden wir auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach unserer Wahl freigeben.

§ 7 Mängelansprüche des Käufers

(1) Für die Rechte des Käufers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falschlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. In allen Fällen unberührt bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über den Verbrauchsgüterkauf (§§ 474 ff. BGB) und die Rechte des Käufers aus gesondert abgegebenen Garantien insbesondere seitens des Herstellers.

(2) Grundlage unserer Mängelhaftung ist vor allem die über die Beschaffenheit und die vorausgesetzte Verwendung der Ware (einschließlich Zubehör und Anleitungen) getroffene Vereinbarung. Als Beschaffenheitsvereinbarung in diesem Sinne gelten alle Produktbeschreibungen und Herstellerangaben, die Gegenstand des einzelnen Vertrages sind Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart wurde, ist nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen, ob ein Mangel vorliegt oder nicht (§ 434 Abs. 3 BGB). Öffentliche Äußerungen des Herstellers oder in seinem Auftrag insbes. in der Werbung oder auf dem Etikett der Ware gehen dabei Äußerungen sonstiger Dritter vor.

(3) Bei Sonderausführungen kann es aus fertigungstechnischen Gründen zu Abweichungen von der Bestellmenge kommen. Mehr- oder Mindermengen bis zu 10 % stellen deshalb eine vertragsgemäße Erfüllung der Lieferverpflichtung dar, sofern im Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist. Berechnet wird in diesem Fall die tatsächliche Liefermenge.

(4) Wir haften grundsätzlich nicht für Mängel, die der Käufer bei Vertragsschluss kennt oder grob fahrlässig nicht kennt (§ 442 BGB). Weiterhin setzen die Mängelansprüche des Käufers voraus, dass er seinen gesetzlichen Untersuchungs- und Anzeigepflichten (§§ 377, 381 HGB) nachgekommen ist. Bei Baustoffen und anderen, zum Einbau oder sonstigen Weiterverarbeitung bestimmten Waren hat eine Untersuchung in jedem Fall unmittelbar vor der Verarbeitung zu erfolgen. Zeigt sich bei der Lieferung, der Untersuchung oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ein Mangel, so ist uns hiervon unverzüglich schriftlich Anzeige zu machen. In jedem Fall sind offensichtliche Mängel innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Lieferung und bei der Untersuchung nicht erkennbare Mängel innerhalb der gleichen Frist ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Versäumt der Käufer die ordnungsgemäße Untersuchung und/oder Mängelanzeige, ist unsere Haftung für den nicht bzw. nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß angezeigten Mangel nach den gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen. Bei einer zum Einbau, zur Anbringung oder Installation bestimmten Ware gilt dies auch dann, wenn der Mangel infolge der Verletzung einer dieser Pflichten erst nach der entsprechenden Verarbeitung offenbar wurde; in diesem Fall bestehen insbesondere keine Ansprüche des Käufers auf Ersatz entsprechender Kosten ("Aus- und Einbaukosten").

(5) Ist die gelieferte Sache mangelhaft, können wir zunächst wählen, ob wir Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) leisten. Ist die von uns gewählte Art der Nacherfüllung im Einzelfall für den Käufer unzumutbar, kann er sie ablehnen. Unser Recht, die Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt.

(6) Wir sind berechtigt, die geschuldete Nacherfüllung davon abhängig zu machen, dass der Käufer den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Käufer ist jedoch berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises zurückzubehalten.

(7) Der Käufer hat uns die zur geschuldeten Nacherfüllung erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben, insbesondere die beanstandete Ware zu Prüfungszwecken zu übergeben. Im Falle der Ersatzlieferung hat uns der Käufer die mangelhafte Sache auf unser Verlangen nach den gesetzlichen Vorschriften zurückzugeben; einen Rückgabeanspruch hat der Käufer jedoch nicht. Die Nacherfüllung beinhaltet weder den Ausbau, die Entfernung oder Desinstallation der mangelhaften Sache noch den Einbau, die Anbringung oder die Installation einer mangelfreien Sache, wenn wir ursprünglich nicht zu diesen Leistungen verpflichtet waren; Ansprüche des Käufers auf Ersatz entsprechender Kosten ("Aus- und Einbaukosten") bleiben unberührt.

(8) Die zum Zweck der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten tragen bzw. erstatten wir nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung und diesen AVB, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Andernfalls können wir vom Käufer die aus dem unberechtigten Mangelbeseitigungsverlangen entstandenen Kosten ersetzt verlangen, wenn der Käufer wusste oder hätte erkennen können, dass tatsächlich kein Mangel vorliegt.

(9) In dringenden Fällen, z.B. bei Gefährdung der Betriebssicherheit oder zur Abwehr unverhältnismäßiger Schäden, hat der Käufer das Recht, den Mangel selbst zu beseitigen und von uns Ersatz der hierzu objektiv erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Von einer derartigen Selbstvornahme sind wir unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, zu benachrichtigen. Das Selbstvornahmerecht besteht nicht, wenn wir berechtigt wären, eine entsprechende Nacherfüllung nach den gesetzlichen Vorschriften zu verweigern.

(10) Wenn eine für die Nacherfüllung vom Käufer zu setzende angemessene Frist erfolglos abgelaufen oder nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist, kann der Käufer nach den gesetzlichen Vorschriften vom Kaufvertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht.

(11) Ansprüche des Käufers auf Aufwendungsersatz gem. § 445a Abs. 1 BGB sind ausgeschlossen, es sei denn, der letzte Vertrag in der Lieferkette ist ein Verbrauchsgüterkauf (§§ 478, 474 BGB) oder ein Verbrauchervertrag über die Bereitstellung digitaler Produkte (§§ 445c S. 2, 327 Abs. 5, 327u BGB). Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz oder Ersatz

vergeblicher Aufwendungen (§ 284 BGB) bestehen auch bei Mängeln der Ware nur nach Maßgabe nachfolgender §§ 8 und 9.

§ 8 Sonstige Haftung

(1) Soweit sich aus diesen AVB einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haften wir bei einer Verletzung von vertraglichen und außervertraglichen Pflichten nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Auf Schadensersatz haften wir – gleich aus welchem Rechtsgrund – im Rahmen der Verschuldenshaftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir, vorbehaltlich gesetzlicher Haftungsbeschränkungen (z.B. Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten; unerhebliche Pflichtverletzung), nur

a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, b) für Schäden aus der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist unsere Haftung jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

(3) Die sich aus Abs. 2 ergebenden Haftungsbeschränkungen gelten auch gegenüber Dritten sowie bei Pflichtverletzungen durch Personen (auch zu ihren Gunsten), deren Verschulden wir nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten haben. Sie gelten nicht, soweit ein Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Ware übernommen wurde und für Ansprüche des Käufers nach dem Produkthaftungsgesetz.

(4) Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten oder kündigen, wenn wir die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Ein freies Kündigungsrecht des Käufers (insbesondere gem. §§ 650, 648 BGB) wird ausgeschlossen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

§ 9 Verjährung

(1) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme.

(2) Handelt es sich bei der Ware um ein Bauwerk oder eine Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat (Baustoff), beträgt die Verjährungsfrist gem. der gesetzlichen Regelung 5 Jahre ab Ablieferung (§ 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB). Unberührt bleiben auch weitere gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. § 438 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, §§ 444, 445b BGB).

(3) Die vorstehenden Verjährungsfristen des Kaufrechts gelten auch für vertragliche und außervertragliche Schadensersatzansprüche des Käufers, die auf einem Mangel der Ware beruhen, es sei denn die Anwendung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährung (§§ 195, 199 BGB) würde im Einzelfall zu einer kürzeren Verjährung führen. Schadensersatzansprüche des Käufers gem. § 8 Abs. 2 S. 1 und S. 2 (a) sowie nach dem Produkthaftungsgesetz verjähren ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.

§ 10 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AVB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Käufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Käufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Bad Dürkheim. Entsprechendes gilt, wenn der Käufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gem. diesen AVB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Käufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

General Terms and Conditions of Sale of Kunststoff Christel GmbH & Co. KG Version: 01.01.2026

§ 1 Scope, Form

- (1) These General Terms and Conditions of Sale (GTCS) shall apply to all of our business relationships with our customers ("Buyer"). The GTCS shall only apply if the Buyer is an entrepreneur (Section 14 German Civil Code (BGB)), a legal entity under public law, or a special fund under public law.
- (2) The GTCS shall apply in particular to contracts for the sale and/or delivery of movable goods ("Goods"), regardless of whether we manufacture the Goods ourselves or purchase them from suppliers (Sections 433, 650 BGB). Unless otherwise agreed, the GTCS in the version valid at the time of the Buyer's order or, in any case, in the version last communicated to the Buyer in text form, shall also apply as a framework agreement to similar future contracts, without us having to refer to them again in each individual case.
- (3) Our GTCS shall apply exclusively. Deviating, conflicting or supplementary general terms and conditions of the Buyer shall become part of the contract only if and to the extent that we have expressly agreed to their application. This requirement for consent shall apply in all cases, for example even if the Buyer refers to its own general terms and conditions within the scope of the order and we do not expressly object to them.
- (4) Individual agreements (e.g. framework supply agreements, quality assurance agreements) and the information contained in our order confirmation shall take precedence over the GTCS. In case of doubt, trade terms shall be interpreted in accordance with the Incoterms® issued by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC) in the version valid at the time the contract is concluded.
- (5) Legally relevant declarations and notices by the Buyer with regard to the contract (e.g. setting of deadlines, notices of defects, rescission or reduction) must be made in writing. "In writing" within the meaning of these GTCS includes written form and text form (e.g. letter, email, fax). Statutory formal requirements and further proof, in particular in case of doubts as to the authority of the declaring party, shall remain unaffected.
- (6) References to the applicability of statutory provisions are for clarification purposes only. Even without such clarification, the statutory provisions shall therefore apply unless they are directly modified or expressly excluded in these GTCS.

§ 2 Conclusion of Contract

- (1) Our offers are subject to change and non-binding. This shall also apply if we have provided the Buyer with catalogs, technical documentation (e.g. drawings, plans, calculations, costings, references to DIN standards), other product descriptions or documents, including in electronic form, to which we reserve ownership rights and copyrights.
- (2) The Buyer's order for the Goods shall be deemed a binding contractual offer. Unless otherwise stated in the order, we shall be entitled to accept this contractual offer within four days/weeks of its receipt by us.
- (3) Acceptance may be declared either in writing (e.g. by order confirmation) or by delivery of the Goods to the Buyer.

§ 3 Delivery Period and Delay in Delivery

- (1) The delivery period shall be agreed individually or stated by us upon acceptance of the order.
- (2) If we are unable to comply with binding delivery periods for reasons for which we are not responsible (non-availability of performance), we shall inform the Buyer thereof without undue delay and at the same time notify the Buyer of the expected new delivery period. If performance is also not available within the new delivery period, we shall be entitled to withdraw from the contract in whole or in part; any consideration already provided by the Buyer shall be reimbursed by us without undue delay. Non-availability of performance shall exist, for example, in the event of untimely self-supply by our supplier if we have concluded a congruent covering transaction, in the event of other disruptions in the supply chain, for example due to force majeure, or if we are not obliged to procure in the individual case.
- (3) The occurrence of our delay in delivery shall be determined in accordance with the statutory provisions. In any case, however, a reminder by the Buyer shall be required. If we are in delay in delivery, the Buyer may demand lump-sum compensation for its damage caused by delay. The lump-sum compensation shall amount to 0.5% of the net price (delivery value) for each completed calendar week of delay, but in total no more than 5% of the delivery value of the Goods delivered late. We reserve the right to prove that the Buyer has suffered no damage at all or only substantially less damage than the above lump sum.
- (4) The Buyer's rights pursuant to Section 8 of these GTCS and our statutory rights, in particular in the event of an exclusion of the obligation to perform (e.g. due to impossibility or unreasonableness of performance and/or subsequent performance), shall remain unaffected.

§ 4 Delivery, Transfer of Risk, Acceptance, Default of Acceptance

- (1) Delivery shall be made ex works, which shall also be the place of performance for the delivery and any subsequent performance. At the Buyer's request and expense, the Goods shall be shipped to another destination (sale by dispatch). Unless otherwise agreed, we shall be entitled to determine the type of shipment ourselves (in particular transport company, shipping route, packaging).
- (2) Partial deliveries shall be permissible insofar as they are reasonable for the Buyer.
- (3) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the Goods shall pass to the Buyer at the latest upon handover. In the case of sale by dispatch, however, the risk of accidental loss and accidental deterioration of the Goods as well as the risk of delay shall pass already upon delivery of the Goods to the freight forwarder, carrier or other person or institution designated to carry out the shipment. Insofar as acceptance has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. In all other respects, the statutory provisions of the law on contracts for work and services shall apply mutatis mutandis to any agreed acceptance. Handover or acceptance shall be deemed equivalent if the Buyer is in default of acceptance.
- (4) If the Buyer is in default of acceptance, fails to perform an act of cooperation, or if our delivery is delayed for other reasons for which the Buyer is responsible, we shall be entitled to demand compensation for the damage resulting therefrom, including additional expenses (e.g. storage costs).
- (5) Proof of greater damage and our statutory claims (in particular reimbursement of additional expenses, reasonable compensation, termination) shall remain unaffected; however, the lump sum shall be offset against further monetary claims. The Buyer shall be permitted to prove that we have suffered no damage at all or only substantially less damage than the above lump sum.

§ 5 Prices and Terms of Payment

- (1) Unless otherwise agreed in the individual case, our current prices at the time the contract is concluded shall apply ex works, plus statutory value added tax.
- (2) In the case of sale by dispatch (Section 4 para. 1), the Buyer shall bear the transport costs ex works and the costs of any transport insurance requested by the Buyer. Any customs duties, fees, taxes and other public charges shall be borne by the Buyer.

- acceptance of the Goods. However, even within the framework of an ongoing business relationship, we shall be entitled at any time to make a delivery in whole or in part only against advance payment. We shall declare such reservation no later than in the order confirmation.
- (4) Upon expiry of the above payment period, the Buyer shall be in default. During the period of default, interest shall be charged on the purchase price at the applicable statutory default interest rate. We reserve the right to assert further damage caused by default. With respect to merchants, our claim to commercial maturity interest (Section 353 German Commercial Code (HGB)) shall remain unaffected.
- (5) The Buyer shall only have rights of set-off or retention to the extent that its claim has been finally adjudicated or is undisputed. In the event of defects in the delivery, the Buyer's counter-claims shall remain unaffected, in particular pursuant to Section 7 para. 6 sentence 2 of these GTCS.
- (6) If, after conclusion of the contract, it becomes apparent (e.g. through an application to open insolvency proceedings) that our claim to the purchase price is jeopardized by the Buyer's lack of ability to perform, we shall be entitled, in accordance with the statutory provisions, to refuse performance and, where appropriate after setting a deadline, to withdraw from the contract (Section 321 BGB). In the case of contracts for the manufacture of non-fungible items (custom-made products), we may declare withdrawal immediately; the statutory provisions regarding the dispensability of setting a deadline shall remain unaffected.
- (7) Price Changes
If more than 3 months lie between the conclusion of the contract and the agreed delivery date and if, during this period, the costs relevant to the manufacture and delivery of the contractual Goods change overall by more than 2.5%, we shall be entitled to adjust the agreed price to the extent that the cost change affects the Goods concerned. Relevant costs within this meaning shall include in particular material procurement costs, energy costs, wage-related manufacturing costs, freight costs, packaging costs and other significant third-party procurement and production costs.
A price adjustment shall only be considered to the extent that the change in the aforementioned costs affects the manufacture or delivery of the Goods concerned. Any increase in the agreed price beyond the scope of the cost-related adjustment shall be excluded.
Upon request, we shall provide the Buyer with suitable evidence of the basis of a price adjustment. If the Buyer objects to the notified price adjustment in text form within 10 calendar days of receipt, we shall be entitled to withdraw from the contract with respect to the part of the contract not yet performed; in the case of framework agreements, call-off orders or other contractual relationships aimed at continuous supply, we shall instead be entitled to terminate the part of the contractual relationship not yet performed.
In this case, the Buyer shall have no claims with respect to the part of the contract not yet performed for further supply, damages in lieu of performance or other claims for compensation, unless such claims are based on mandatory statutory liability provisions.
The above provisions shall apply irrespective of whether an event of force majeure exists.

§ 6 Retention of Title

- (1) We reserve title to the sold Goods until full payment of all our present and future claims arising from the purchase contract and an ongoing business relationship (secured claims).
- (2) The Goods subject to retention of title may neither be pledged to third parties nor transferred by way of security before full payment of the secured claims. The Buyer must notify us immediately in writing if an application is filed to open insolvency proceedings or if third parties seize the Goods belonging to us (e.g. attachments).
- (3) In the event of conduct by the Buyer in breach of contract, in particular non-payment of the purchase price due, we shall be entitled, in accordance with the statutory provisions, to withdraw from the contract and/or demand surrender of the Goods on the basis of the retention of title. A demand for surrender shall not at the same time constitute a declaration of withdrawal; rather, we shall be entitled merely to demand surrender of the Goods and reserve the right to withdraw. If the Buyer does not pay the purchase price due, we may assert these rights only if we have previously set the Buyer an appropriate deadline for payment without success or if such setting of a deadline is dispensable under the statutory provisions.
- (4) Until revoked in accordance with (c) below, the Buyer shall be authorized to resell and/or process the Goods subject to retention of title in the ordinary course of business. In this case, the following additional provisions shall apply.
 - (a) The retention of title shall extend to the products resulting from the processing, mixing or combining of our Goods at their full value, whereby we shall be deemed the manufacturer. If, in the event of processing, mixing or combining with goods of third parties, their ownership rights remain in existence, we shall acquire co-ownership in proportion to the invoice values of the processed, mixed or combined goods. In all other respects, the same shall apply to the resulting product as to the Goods delivered subject to retention of title.
 - (b) The Buyer hereby assigns to us by way of security, in full or in the amount of our possible co-ownership share pursuant to the preceding paragraph, the claims against third parties arising from the resale of the Goods or the product. We accept the assignment. The obligations of the Buyer set out in para. 2 shall also apply with regard to the assigned claims.
 - (c) The Buyer shall remain authorized, alongside us, to collect the claim. We undertake not to collect the claim as long as the Buyer meets its payment obligations towards us, there is no deficiency in its ability to perform, and we do not assert the retention of title by exercising a right pursuant to para. 3. If this is the case, however, we may demand that the Buyer informs us of the assigned claims and their debtors, provides all information required for collection, hands over the relevant documents and informs the debtors (third parties) of the assignment. Furthermore, in this case we shall be entitled to revoke the Buyer's authority to further resell and process the Goods subject to retention of title.
 - (d) If the realizable value of the securities exceeds our claims by more than 10%, we shall release securities of our choice at the Buyer's request.

7. Defect claims – limitation period

- (1) The statutory provisions shall apply to the Buyer's rights in the event of material defects and defects of title (including wrong delivery as well as improper assembly/installation or defective instructions), unless otherwise specified below. In all cases, the statutory provisions on the sale of consumer goods (Sections 474 et seq. BGB) and the Buyer's rights arising from separately issued guarantees, in particular by the manufacturer, shall remain unaffected.
- (2) The basis of our liability for defects is above all the agreement reached regarding the quality and the intended use of the Goods (including accessories and instructions). All product descriptions and manufacturer specifications that are the subject matter of the individual contract shall be deemed an agreement on quality within this meaning. If the quality has not been agreed, it shall be assessed in accordance with the statutory provisions whether a defect exists or not (Section 434 para. 3 BGB). Public statements made by the manufacturer or on its behalf, in particular in advertising or on the label of the Goods, shall take precedence over statements made by other third parties.

(3) The purchase price shall be due and payable within 14 days from invoicing and delivery or accordance with the contract, unless expressly agreed otherwise in the contract. In this case, the actual delivery quantity shall be invoiced.

(4) As a matter of principle, we shall not be liable for defects of which the Buyer is aware at the time the contract is concluded or of which the Buyer is unaware due to gross negligence (Section 442 BGB). Furthermore, the Buyer's claims for defects presuppose that the Buyer has complied with its statutory duties of inspection and notification (Sections 377, 381 HGB). In the case of building materials and other Goods intended for installation or other further processing, an inspection must in all cases be carried out immediately before processing. If a defect becomes apparent upon delivery, during inspection or at any later time, we must be notified thereof immediately in writing. In any case, obvious defects must be notified in writing within 5 working days from delivery and defects not identifiable during inspection within the same period from discovery. If the Buyer fails to carry out the proper inspection and/or notification of defects, our liability for the defect not notified, not notified in due time or not notified properly shall be excluded in accordance with the statutory provisions. In the case of Goods intended for installation, attachment or installation, this shall also apply if the defect became apparent only after the corresponding processing as a result of the breach of one of these obligations; in this case, in particular, the Buyer shall have no claims for reimbursement of the corresponding costs ("removal and installation costs").

(5) If the delivered item is defective, we may initially choose whether to provide subsequent performance by remedying the defect (repair) or by delivering a defect-free item (replacement delivery). If the type of subsequent performance chosen by us is unreasonable for the Buyer in the individual case, the Buyer may reject it. Our right to refuse subsequent performance under the statutory conditions shall remain unaffected.

(6) We shall be entitled to make the owed subsequent performance conditional upon the Buyer paying the purchase price due. However, the Buyer shall be entitled to retain a part of the purchase price that is reasonable in relation to the defect.

(7) The Buyer shall grant us the time and opportunity required for the owed subsequent performance, in particular to hand over the rejected Goods for inspection purposes. In the event of a replacement delivery, the Buyer shall return the defective item to us at our request in accordance with the statutory provisions; however, the Buyer shall have no claim for return. Subsequent performance shall include neither the removal, dismantling or uninstallation of the defective item nor the installation, attachment or installation of a defect-free item if we were not originally obliged to perform these services; the Buyer's claims for reimbursement of the corresponding costs ("removal and installation costs") shall remain unaffected.

(8) We shall bear or reimburse, in accordance with the statutory provisions and these GTCS, the expenses necessary for inspection and subsequent performance, in particular transport, travel, labor and material costs and, if applicable, removal and installation costs, if a defect actually exists. Otherwise, we may demand reimbursement from the Buyer of the costs arising from the unjustified request to remedy defects if the Buyer knew or should have recognized that no defect actually existed.

(9) In urgent cases, e.g. if operational safety is endangered or to prevent disproportionate damage, the Buyer shall have the right to remedy the defect itself and to demand reimbursement from us of the expenses objectively necessary for this purpose. We must be informed immediately of such self-remedy, if possible in advance. The right of self-remedy shall not exist if we would be entitled to refuse corresponding subsequent performance under the statutory provisions.

(10) If an appropriate deadline to be set by the Buyer for subsequent performance has expired without success or is dispensable under the statutory provisions, the Buyer may withdraw from the purchase contract or reduce the purchase price in accordance with the statutory provisions. In the case of an insignificant defect, however, there shall be no right of withdrawal.

(11) The Buyer's claims for reimbursement of expenses pursuant to Section 445a para. 1 BGB shall be excluded unless the last contract in the supply chain is a sale of consumer goods (Sections 478, 474 BGB) or a consumer contract for the provision of digital products (Sections 445c sentence 2, 327 para. 5, 327u BGB). Claims of the Buyer for damages or reimbursement of futile expenses (Section 284 BGB) shall also exist in the case of defects in the Goods only in accordance with the following Sections 8 and 9.

§ 8 Other Liability

(1) Unless otherwise provided in these GTCS, including the following provisions, we shall be liable in accordance with the statutory provisions for breaches of contractual and non-contractual obligations.

(2) We shall be liable for damages, irrespective of the legal basis, within the scope of fault-based liability in cases of intent and gross negligence. In cases of simple negligence, subject to statutory limitations of liability (e.g. care in one's own affairs; insignificant breach of duty), we shall only be liable

(a) for damage arising from injury to life, body or health,

(b) for damage arising from the breach of a material contractual obligation (an obligation whose fulfillment is essential for the proper performance of the contract and on whose compliance the contractual partner regularly relies and may rely); in this case, however, our liability shall be limited to compensation for the foreseeable damage typically occurring.

(3) The limitations of liability resulting from para. 2 shall also apply vis-à-vis third parties and in the event of breaches of duty by persons (also in their favor) whose fault we are responsible for under the statutory provisions. They shall not apply if a defect has been fraudulently concealed or a guarantee for the quality of the Goods has been assumed, and they shall not apply to the Buyer's claims under the Product Liability Act.

(4) In the event of a breach of duty not consisting of a defect, the Buyer may withdraw or terminate only if we are responsible for the breach of duty. A free right of termination of the Buyer (in particular pursuant to Sections 650, 648 BGB) shall be excluded. In all other respects, the statutory requirements and legal consequences shall apply.

§ 9 Limitation Period

(1) In deviation from Section 438 para. 1 no. 3 BGB, the general limitation period for claims arising from material defects and defects of title shall be one year from delivery. Insofar as acceptance has been agreed, the limitation period shall begin upon acceptance.

(2) If the Goods are a building or an item that has been used for a building in accordance with its customary manner of use and has caused the defectiveness of the building (building material), the limitation period shall be 5 years from delivery in accordance with the statutory provision (Section 438 para. 1 no. 2 BGB). Further special statutory provisions on limitation shall also remain unaffected (in particular Section 438 para. 1 no. 1, para. 3, Sections 444, 445b BGB).

(3) The above limitation periods under sales law shall also apply to contractual and non-contractual claims for damages of the Buyer based on a defect in the Goods, unless application of the regular statutory limitation period (Sections 195, 199 BGB) would lead to a shorter limitation period in the individual case. Claims of the Buyer for damages pursuant to Section 8 para. 2 sentence 1 and sentence 2 (a) as well as under the Product Liability Act shall become time-barred exclusively in accordance with the statutory limitation periods.

(3) In the case of special designs, deviations from the ordered quantity may occur for production-related reasons. Excess or short deliveries of up to 10% shall therefore constitute performance in § 10 Choice of Law and Place of Jurisdiction

(1) These GTCS and the contractual relationship between us and the Buyer shall be governed by the law of the Federal Republic of Germany, excluding international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG).

(2) If the Buyer is a merchant within the meaning of the German Commercial Code, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive place of jurisdiction, including international jurisdiction, for all disputes arising directly or indirectly from the contractual relationship shall be our registered office in Bad Dürkheim. The same shall apply if the Buyer is an entrepreneur within the meaning of Section 14 BGB. In all cases, however, we shall also be entitled to bring an action at the place of performance of the delivery obligation in accordance with these GTCS or an overriding individual agreement, or at the Buyer's general place of jurisdiction. Overriding statutory provisions, in particular regarding exclusive jurisdictions, shall remain unaffected.